

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **34 (1940)**

Heft 3

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

I. Finnland. Die finnischen Parteien haben Frieden geschlossen. Die konföderativen Parteien wollen die Sozialdemokraten „ohne Diskriminierung“ in die „Bürgerwacht“ aufnehmen. Das zeigt immerhin, daß sie es bisher anders gehalten haben.

Eine wichtige Hilfe bilden für Finnland die freiwilligen Arbeiter, die in feinen Werkstätten die Soldaten ersetzen.

II. Die Kriegführung. Befonderes Aufsehen erregt neuerdings die Bombardierung und Zerstörung des englischen Passagierdampfers „Domala“ durch deutsche Flieger. Unter den Passagieren, von denen 100 vermißt werden, befanden sich u. a. 143 Kinder.

Die Engländer beschlagnahmen auf den Bermudas die *deutsche Post*, welche auf einem amerikanischen Schiffe 17 Millionen Dollar „Devifen“ nach Deutschland bringen sollte.

Englische Flieger erscheinen wiederholt über *Berlin*, werfen aber nur Flugblätter ab, wie sie es vorher über Wien, Prag, Brünn usw. getan haben.

England gibt die berühmte Flottenbasis von *Scapa Flow* im nordwestlichen Schottland, wo sich seine Flotte während des Weltkrieges und bis vor kurzem befand (und wo auch die ausgelieferte deutsche Flotte sich selbst versenkte), preis, jedenfalls aus Rücksicht auf die deutschen Fliegerangriffe.

Ueberfliegung neutraler Gebiete durch die Flieger der Kriegführenden, „Zwischenfälle“, Bombardierungen von neutralen Schiffen und Ortschaften usw. sind an der Tagesordnung.

III. Die fünfte Kolonne. In *Holland* geben sich allerlei Zeichen von Spionage und Zusammenspiel zugunsten Deutschlands, zum Teil durch Holländer geübt und gefördert, kund. Nachdem sich gezeigt, daß die Dokumente der holländischen Schifffahrt (Abfahrts- und Ankunftszeiten, Fracht, Anlegestellen) Deutschland mitgeteilt wurden, zum schwersten Schaden Hollands, wird nun eine Organisation für militärische Spionage aufgedeckt. Ein geheimer Sender arbeitet aber weiter. Lichtsignale zeigen deutschen Fliegern bei Nacht den Weg. Der Sender berichtet über das Wetter in Holland und England. Und Ähnliches mehr.

Die beiden elsässischen Verräter, der Autonomist Dr. Roos und sein Komplize Lobstein, sind kriegsgerichtlich verurteilt worden, jener zum Tode, dieser zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Die beiden innerfranzösischen Verräter Paul Ferdonnet und André Obrecht, welche gegen Frankreich den deutschen Sender bedienen, kommen in contumaciam vor Kriegsgericht. Das Urteil kann nicht zweifelhaft sein.

Auch ein Engländer, William Joice (Lord Haw), verfiel den gleichen traurigen Dienst.

Zur fünften Kolonne gehört offenbar auch das „Council for Christian settlement“, das *Lord Tavistock*, der von der deutschen Gesandtschaft in Dublin Hitlers Friedensplan erhalten haben will, worin Hitler gegen das Versprechen, ein Rumpfpolen und eine Rumpf-„Tschechei“ herzustellen, die Vorherrschaft in Zentraleuropa und die „Freiheit der Meere“ verlangt. Wie es mit der Herkunft und Authentie dieses Planes auch stehen mag, so ist das doch wohl ohne Zweifel der Speck, womit die pazifistischen Mäuse gefangen werden sollen.

In diese ganze Kategorie sind auch die *Kriegslieferungen* zu stellen, die sich nicht um Freundschaft und Feindschaft kümmern (vgl. S. 138). Es ist z. B. interessant, daß General Franco aus den englischen Kapitalisten gehörigen Kupferwerken von Rio Tinto in Spanien an *Gibraltar vorbei* Deutschland monatlich 35 000 Tonnen Kupfer liefert. Aber das ist nur ein Beispiel von vielen. (Diese Lieferung wird von englischer Seite offiziell bestritten, aber mit wenig Glaubwürdigkeit.)

IV. *Reden.* Chamberlain hat in einer zu Birmingham gehaltenen Rede das Friedensprogramm der Westmächte nochmals entwickelt: Sicherheit der kleinen Völker; Freiheit des individuellen Gewissens; Wiederherstellung Polens und der Tschechoslowakei (*Oesterreich* wird nicht genannt); eine deutsche Regierung, der man vertrauen darf; Zusammenarbeit mit Frankreich auch nach dem Kriege. Man beabsichtige im übrigen nicht die Vernichtung Deutschlands, sondern wolle bloß zeigen und sicherstellen, daß Gewalt nicht vor Recht gehe. Es gelte, den Militarismus zu überwinden und die Abrüstung anzubahnen. An Deutschland sei es, nach diesen Erklärungen, den nächsten Schritt zu tun.

Hitler bedauert in seiner Hofbräuhausrede, daß er es zu seinem Unglück [sagen wir: zu seinem Glück!] immer mit Nullen zu tun gehabt habe — sicher ein wahres Wort. Er betont namentlich, wie stets die *Vorsehung* mit ihm gewesen sei. Sie sei auch mit den *deutschen Waffen* gewesen [siehe Guernica, Almeria, Warschau!] und werde es weiter sein. [Bleibt abzuwarten!]

Lord Halifax hält in Oxford eine Rede an die Jugend, worin er zeigt, wie das Studieren sinn- und wertlos würde, wenn nicht gewisse geistige Güter gerettet würden, und zeigt am Beispiel Deutschlands, daß es auch die Jugend sein könne, die das Verkehrte zur Macht bringe.

V. *Weltpolitisches Allerlei. 1. Rußland.* Rußland schließt einen *Handelsvertrag mit Deutschland*, dem besonders von deutscher Seite große Bedeutung zugeschrieben wird. Er solle eine starke Belebung der gegenseitigen Lieferungen bezwecken. Inzwischen gehen große russische *Goldlieferungen* nach Deutschland, welche dessen Zahlungsfähigkeit bedeutend stärken. Es kommt, aber trotzdem zu allerlei russisch-deutscher Pressepolemik. Deutschlands Stellung zum finnischen Problem bleibt zweideutig, das ganze Verhältnis von beiden Seiten problematisch. Die neue polnische Regierung gibt bekannt, daß Deutschland noch im Frühling 1939 (wenn ich nicht irre!) Polen einen gemeinsamen Angriff auf Rußland vorgeschlagen habe.

Die *russisch-amerikanische* Handelskammer in Moskau wird geschlossen, in Frankreich die *russische Handelsvertretung in Paris* einer Haussuchung unterworfen.

In den *Vereinigten Staaten* beantragt der Senator Vandenberg Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland. Der *englische* und *französische Botschafter* in Moskau sind schon lange im „Urlaub“. Doch wird das englische Weißbuch über die Verhandlungen mit Rußland über den Abschluß eines Paktes noch zurückgehalten.

2. *Deutschland.* Thyssen und seine Frau werden ausgebürgert.

Die Einstellung alles Lebens auf den Krieg geht weiter. An der *Lebensmittel- und Rohstoffnot* ist nicht zu zweifeln.

Schwerste Verurteilungen wegen Anhörens fremder Sender mehren sich.

3. *Frankreich.* Die *wirtschaftliche Kriegsorganisation* wird unter der Leitung des Finanzministers Reynaud immer straffer. Es fehlen besonders der Landwirtschaft die Arbeitskräfte. Zu den Einschränkungen des Konsums, die Reynaud den Franzosen zumutet, gehört auch der Genuß von *Alkohol*.

Es wird ein besonderes Propagandaministerium geschaffen. Ein Sieg Hitlers!

4. *Italien* rückt wieder von Finnland ab, für das besonders seine Studenten so begeistert schienen. Deutschland versuche, es wieder in eine engere Verbindung mit Rußland zu bringen. Es werde sich am kommenden Kreuzzug gegen Rußland beteiligen. Ribbentrop wolle das durch seine Romreise bewirken.

5. *Der Balkan.* Die Spannung zwischen *Ungarn* und *Bulgarien* auf der einen und *Rumänien* auf der andern Seite dauert an. Das Ministerium Kuissievanoff sei gestürzt worden, weil es sich gewissen Konzessionen an Rußland-Deutschland widersetzt habe (Durchfuhr der russischen Lieferungen an Deutschland über das Schwarze Meer?) Der *türkische* Außenminister tut über die Haltung seines Landes etwas orakelhafte Ausprüche. Rumänien sei zu Konzessionen in bezug auf die Dobrudscha und Siebenbürgen geneigt, nur nicht für sofort. Es sei in seiner

Neigung, Deutschland entgegenzukommen, durch energische englische Warnungen (Drohung mit Entzug wichtiger Lieferungen) stark gehemmt worden. Seine Generalmobilisation sei gegen einen allfälligen deutschen Vorstoß gerichtet. Es vertraue dabei auf die englisch-französische Armee in Syrien.

6. *Ostasien*. Der neue Außenminister Japans bekundet fortwährend freundliche Absichten nach allen Seiten und bietet den Philippinen wie Holländisch-Indien Nichtangriffspakte an. Inzwischen bombardiert man zur Verhinderung des Transportes von Kriegsmaterial nach China die über französisches Gebiet führende Straße Haiphon-Yünnan. Holland aber läßt für den Schutz seiner Kolonien drei Schlachtkreuzer bauen.

Mit der von den Japanern geplanten *Zentralregierung* in Nanking scheint es gute Weile zu haben. Die Chinesen melden große Siege. Die japanische Kriegsluft scheint immer lahm zu werden.

7. Die *indische* Kongreßpartei verlangt nun vollständige Unabhängigkeit und fordert ein bindendes Versprechen Englands, sie Indien sofort nach dem Abschluß des Krieges zu gewähren. Es handelt sich letzten Endes wohl um das Dominionstatut. Falls England nicht auf diese Forderung eingeht, soll der „bürgerliche Ungehorsam“ (civil disobedience) unter Gandhis „Diktatur“ einsetzten.

8. In *Südafrika* siegt bei den Parlamentswahlen der den Alliierten zugewandte General Smuts mit ziemlichem Mehr über seinen autonomistischen Gegner General Hertzog.

9. In den *Vereinigten Staaten* ist ein Mann ersten Ranges gestorben: Professor Dodd. Dieser Mann, ein hervorragender Geschichtsforscher, war, wie man sich vielleicht erinnert, vor kurzem noch, durch Roosevelt berufen, amerikanischer Botschafter in Berlin. Die Art, wie er, der Freund und Bewunderer des „ändern Deutschland“, dort gegen das Nazitum die Sache des Rechtes, der Wahrheit und der Menschlichkeit vertreten hat, ist ein Stück echten sittlichen Heldentums und eine hohe Ehre für sein Volk. Er ist, wie seine Gattin, von diesem Kampfe aufgerieben worden. Diesen Kampf und vieles andere dazu, viel Hochinteressantes, wenn auch nicht viel Erfreuliches, schildert seine hochbegabte, tapfere Tochter Martha Dodd in ihrem weltberühmt gewordenen Buche „My years in Germany“ („Meine deutschen Jahre“), das eine Art Pendant zu den Büchern von Raufchnig bildet. Eine deutsche Uebersetzung wird der schweizerische Untertan nun leider nicht zu lesen bekommen.

Diese amerikanische Familie, besonders die Eltern, geistige Abkömmlinge der Pilgerväter, bilden eine Ehrenrettung des Menschen, an der man sich in diesen Zeiten tief erquickt.

VI. Verfolgungen. Die Verfolgungen mit all ihren Greueln und Qualen gehen auf der ganzen Linie weiter.

1. *Die Tschechen*. Eine neue Verfolgungskampagne gegen die nationale tschechische Opposition, besonders unter den Intellektuellen, hat eingesetzt.

Dem „Protektorat“ (es ist eine Schande, wenn Schweizer dieses Wort nachsprechen!) soll nächstens mit der Aufhebung der Zollgrenzen und der eigenen Währung auch der letzte Schein von Selbständigkeit geraubt werden.

Ein tschechischer *Schauspieler* stimmt bei einer Theateraufführung auf einmal die nationale Hymne an. Das hat ihm vielleicht das Leben gekostet.

2. *Die Polen*. Eine Million Polen sollen nach Deutschland gebracht werden, um dort besonders in der Landwirtschaft die einberufenen Männer zu ersetzen. Rund 350 000 seien schon dort. Moderne Formen der Sklaverei — ganz Hitlers Programm entsprechend.

3. *Die Juden*. Stettin, das schon früher Schauplatz besonders scheußlicher Judenpogrome war, erlebte neuerdings wieder einen solchen. Die ganze noch übrig gebliebene jüdische Bevölkerung (1300 Menschen) erhält eines Abends den Befehl, binnen wenigen Stunden Stettin zu verlassen. Auch die Infassen zweier Altersafyle

mit zum Teil über achtzigjährigen Menschen werden nicht ausgenommen. In einem Handkofferchen dürfen sie etwas Wäsche und Toilettenartikel mitnehmen, aber keine Lebensmittel oder gar Wertfachen. Auf ihr Vermögen müssen sie durch einen Schein verzichten. Es wird ihnen ein Pappchild mit dem Namen und der Deportationsnummer auf den Rücken gehängt. Dann geht's fort. Wohin? Man sagt es ihnen nicht, aber sie wissen es wohl: in den Tod. Die schon halb Erfrorenen und Verhungerten werden bei Nacht irgendwo im polnischen Wald ausgesetzt, den Wölfen zur Beute.

Aehnlich ist es für Danzig, Königsberg und andere norddeutsche Orte geplant.

Jetzt kommt freilich die Kunde, die Ausführung sei unterbrochen. Ob für immer? Und aus welchen Gründen? Aber *weg* müssten die Juden jedenfalls. Wohin denn?

In der *Tschechoslowakei* werden alle jüdischen Geschäfte endgültig „arisiert“. Die Vermögen (Wertfachen inbegriffen) müssen einer deutschen „Verkaufsstelle“ übergeben werden. Man kann sich denken, was die Juden erhalten. Die Aktion ist ein Teil der Germanisierung.

4. Die „*Verpflanzungen*“. Die aus ihrer alten südtiroler Heimat vertriebenen *deutschen Bauern* werden, wie es scheint, außer in Kärnten und Mähren, auch im Vorarlberg angesiedelt.

Die *Weißrussen, Ruthenen, Ukrainer* in den von den Deutschen besetzten polnischen Gebieten, etwa 600 000 Menschen, müssen bis zum 1. März ihre Heimat aufgeben haben. (Daß das fait accompli vollendet sei.)

5. Die *Flüchtlinge*. Die Zahl der in England weilenden Flüchtlinge betrage nun rund 50 000.

Der schweizerische Zweig der *Frauenliga* für Frieden und Freiheit hat unter dem Titel: „*Menschen auf der Flucht*“ eine von Frau *Marie Lejeune* in Kölliken (Aargau) verfaßte sehr eindrucksvolle Schrift zur *Emigrantenfrage* herausgegeben. Sie ist speziell für die Schweiz bestimmt und spricht mit weiblicher Milde, aber doch sehr tapfer und entschieden, die Wahrheit über die Verfündigung der offiziellen Schweiz am „Fremdling, der in unfern Toren ist“, aus. Diese Schrift massenhaft zu verbreiten, bedeutete mehr für die Rettung der Schweiz und wäre eine würdigere Aufgabe der schweizerischen Frau, als die Gründung von Lottas-Organisationen nach finnischem Vorbild.¹⁾

VII. *Palästina*. Während die Juden in Europa den unfagbar grauenvollen Dingen ausgesetzt sind, über die wir berichten, so gut wir können, trifft sie nun in ihrem physischen und seelischen Asyl Palästina ein neuer schwerer Schlag. In Ueberbietung des berüchtigten Weißbuches und unter Aufhebung der Balfour-Deklaration verbietet ein Erlaß des Kolonialministeriums allen *Landverkauf* an Juden mit Ausnahme sehr begrenzter Gebiete. Das geschieht offenbar, um den Arabern entgegenzukommen, deren wohlwollender Haltung man besonders im Hinblick auf kommende vorderasiatische Entwicklungen zu bedürfen meint. Das kann aber nur ein England tun, das an der Spitze seiner Politik keine großen Männer und keine Staatsmänner mehr hat, sondern bloß noch politische Routiniers. Denn es ist sicher auch nicht einmal eine *kluge* Politik. Jedenfalls aber, beim Blick auf die Lage des Judentums, ein schändlicher Mangel an *Ritterlichkeit*. Es ist auch bezeichnend, daß diese Akte ausgerechnet von einem „arrivierten“ Sohne jenes ebenfalls „arrivierten“ Ramsay Macdonald ausgehen, der seinerzeit nach einem Besuche in Palästina es an einer jener schwungvollen Reden nicht hat fehlen lassen, auf welche die Juden stets zu viel zu geben geneigt sind.

Das, was in Palästina von Gott aus geschehen soll, wird dadurch allerdings nicht aufgehoben. Auch hat sich im englischen Unterhaus von allen Seiten scharfe Kritik an diesem neuen Wortbruch erhoben.

¹⁾ Die Schrift ist für 20 Rappen bei der Verfasserin oder bei der Präsidentin der Frauenliga, Frau *Clara Ragaz*, Gartenhofstraße 7, Zürich, zu beziehen.

VIII. *Die Friedensbewegung.* In England haben sich den Gerichten bis zum 31. Dezember 1939 15 626 *Dienstverweigerer* (conscientious objectors) gestellt. Davon sind bloß 897 in die Lage gekommen, wegen Beanstandung sich an ein Appellationsgericht zu wenden.

Die Behandlung der Verweigerer durch die Gerichte sei im allgemeinen gut, doch gebe es da und dort auch Eugster und Pfenninger.

Im Haag hat sich eine *Völkerbundskommission* zur Verhandlung wirtschaftlicher und sozialer Probleme versammelt. Auch Italien hat sich daran beteiligt.

Der kürzlich verstorbene elsfässische Schriftsteller *René Schickele* ist auch ein Bekenner des Antimilitarismus gewesen.

IX. *Soziales.* In Spanien sind die von den Republikanern durchgesetzten, sehr bescheidenen *Agrarreformen* nun auch formell aufgehoben worden. Natürlich: wozu hätte man sonst den Kreuzzug gegen den Bolschewismus und für die Rettung der christlichen Kultur gemacht?

Schweden hat die *Goldwährung* aufgegeben.

X. *Sozialismus.* In Paris sind die *englischen* und *französischen Sozialisten* zur Besprechung der Lage zusammengekommen. Man habe sich sehr gut verstanden.

In Brüssel hat sodann das Exekutiv-Komitee der *Zweiten Internationale* getagt. Es sei sehr gut besucht gewesen (aus der Schweiz war der „Sozialist“ Grimm dabei!), und die Verhandlungen, die sich um die ganze internationale Lage, besonders um das finnische Problem bewegten, hätten große Lebendigkeit gezeigt. Léon Blum ist darüber sehr begeistert, aber politischer Scharfblick ist nicht seine Stärke.

Das bedeutendste Ereignis ist der Rücktritt *Fritz Adlers* von der Stelle des Sekretärs, die er fast zwei Jahrzehnte lang bekleidet hat. Darüber wird noch zu reden sein. Als Präsident ist der Belgier Camille Huysman gewählt worden.

Die *englische Arbeiterpartei* (Labour Party) hat in einem *Manifest* ihre *Friedensziele* dargestellt. Sie decken sich zum guten Teil mit den auf der nun innerhalb der Friedensbewegung allgemein angenommenen. Eigen ist dem Manifest die Aufforderung an das deutsche Volk, sich Hitlers zu entledigen. Dagegen wird ihm versichert, daß es sich um keine Zerstückelung Deutschlands handle.

Es wird ferner verlangt, daß sowohl das französische Verlangen nach Sicherheit als das deutsche nach Gleichberechtigung befriedigt werden müsse. Die Wiederherstellung der Tschechoslowakei und Polens wird gefordert, aber für *Oesterreich* bloß eine „freie Abstimmung“ verlangt.

Diese letztere Tatsache zeigt, wie schwer sich doch die Engländer von ihren geliebten Illusionen befreien. Diese „freie Abstimmung“, die wohl unter englischer Leitung stünde, würde todsicher so gestaltet, daß sie ausfiele wie die Saarabstimmung. Auch wenn wir die Illusion eines bei Friedensschluß vorhandenen „demokratischen Deutschland“ als Wirklichkeit voraussetzten, so wäre es eine weitere Illusion, sowohl, daß dieses „demokratische Deutschland“ eine solche Abstimmung unbeeinflusst ließe, als auch, daß der dann ja sichere Anschluß harmlos geworden wäre. Wir hätten dann, wie schon anderwärts bemerkt worden ist, einfach Großdeutschland mit all seinen Gefahren. Der „demokratische“ Wein in dem neuangestrichenen Faß wäre bald in einen preußisch-reaktionären, militaristischen und nationalistischen verwandelt.

Ebenso weiß man, was im Munde der Deutschen die Losung der „Gleichberechtigung“ bedeutet, nämlich den Anspruch auf alles, was zu haben ihnen selbst recht dünkt.

Hoffentlich macht der Friedensschluß nicht solche geistesträgen Illusionen zu Wirklichkeiten — unter starker sozialistischer Mithilfe.

Ledebour, der alte sozialistische Haudegen, der seinem Sozialismus Treue gehalten hat (er gehörte zu denen, welche im Reichstag die Kriegskredite verweigerten, Anno 1915, wenn ich nicht irre), ist im Exil zu Bern neunzigjährig geworden. Möchte er noch das Neuerwachen und Siegen dessen, woran er sein Leben gesetzt, schauen dürfen.

XI. *Religion und Kirche. 1. Protestantismus.* In Deutschland gehen eine Reihe von theologischen Zeitschriften ein: „Theologische Stunden und Kritiken“, „Zeitschrift für Theologie und Kirche“, „Das Evangelium im Dritten Reiche“. Es sind zum Teil Organe mit einer ehrenvollen Vergangenheit. In bezug auf exakte Wissenschaft mögen die Deutschen auch heute noch etwas leisten, obgleich immer zweifelhafter wird, ob der *offizielle* deutsche Geist, Ausnahmen abgerechnet, die Sache Christi, die er in der Gegenwart nicht faßt, in der Vergangenheit fassen kann. Es müßte Blumhardt auferstehen. Jedenfalls ist heute die Haltung des *ganzen* offiziellen deutschen Christentums, auch Organe wie die „Christliche Welt“ eingeschlossen, so jämmerlich, wie sie es von 1914 bis 1918 war. Es nimmt die Kriegsparolen des Hitlertums nicht weniger willig an, als es die des Hohenzollerntums angenommen hatte — der großen Endkatastrophe entgegen.

2. An der *ökumenischen Bewegung* wird inzwischen eifrig gearbeitet. Aber soweit die Öffentlichkeit davon erfährt, völlig auf der Oberfläche. Dahin gehört eine Demonstrationsversammlung, die letzthin in Zürich stattfand und an der der Bischof Besson von Freiburg und Professor Adolf Keller in Genf redeten. Was solche, der Konjunktur kundige geistliche Diplomaten miteinander verhandeln, ist natürlich ganz unwesentlich, gehört dem Tage und der Zeitung an; die Oekumene wird sich auf völlig andere Weise verwirklichen.

XII. *Kultur.* In den *Vereinigten Staaten* haben im Jahre 1939 wieder 32 400 Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang, meistens durch *Motorfahrzeuge* verursacht, stattgefunden. Und dabei scheuen die gleichen Menschen so sehr den Krieg, der sie das letzte Mal auf dem *Schlachtfeld* nicht sehr viel mehr Opfer gekostet hat. In der *Schweiz* hat es im letzten Jahr eine kleine Abnahme dieser Todesopfer des Straßenmolochs gegeben, doch ist sie wohl mehr zufälliger Art. Denn es ist nicht zu beobachten, daß dieser Moloch rücksichtsvoller würde.

Ein Professor Fischer von der technischen Hochschule in Zürich habe durch seine Studien die Kunst des *Fernsehens* sehr gefördert. Das ist in der Tat eine Kunst, die wir in der Schweiz besonders nötig hätten!

In Olten ist nun endgültig eine schweizerische *philosophische Gesellschaft* gegründet worden, die wesentlich aus einer schon lange bestehenden welschen und einer deutschen Gruppe bestehen soll.

Zur *schweizerischen Lage.*

6. März 1940.

Das schweizerische Leitereignis der Berichtszeit ist das *Verbot des Buches von Rauschning: „Gespräche mit Hitler“*. Daß dies eine förmliche *Katastrophe* der Schweiz bedeutet, schlimmer als eine verlorene Schlacht, scheint doch allgemein empfunden worden zu sein.¹⁾ Stellen wir fest: *Wir sind also so weit, daß Hitler befiehlt, was der Schweizer lesen darf und was nicht.* Was das bedeutet, können vielleicht nur solche Schweizer ganz verstehen, die noch die einstige *freie Schweiz* erlebt und gelebt haben. Man darf aber ruhig erklären: Ein Schweizer, der den Mut aufbringt, auch noch diese Handlung des Bundesrates zu verteidigen, verdient den Namen eines Schweizers nicht mehr — wenigstens wenn man an das denkt, was man früher unter einem Schweizer verstand. Man blättere einmal in Gottfried Keller nach.²⁾ Wie sehr der Bundesrat selbst das Gefühl der Schmachlichkeit dieser Sache hatte, bewies die Art, wie er seine Aktion einführte. Zuerst tat

¹⁾ Vorausgegangen war eine Maßregelung der „Weltwoche“ wegen einem sehr harmlosen Artikel. Darüber große Genugtuung der „Neuen Zürcher Zeitung“ — die Schadenfreude einer Konkurrentin.

²⁾ Es gibt darüber ein im Verlag Oprecht erschienenenes, ganz vortreffliches Buch von Jonas Fränkel: „Gottfried Kellers politische Sendung.“ Davon ein andermal mehr!

man, als ob nur die deutsche Ausgabe beschlagnahmt sei, und man kam auf die lächerlich-traurige Ausrede, das Verbot sei erfolgt, weil, entgegen einem Versprechen des Verlegers, die deutsche Ausgabe in der *Schweiz* gedruckt worden sei. Zugleich erschien in den Zeitungen die ganz falsche Mitteilung, Schweden habe das Buch verboten. Dann erst kam das volle und unverblümete *Verbot*, und zwar sogar auch noch der französischen und englischen Ausgabe. Die Mitteilung des Bundesrates hätte doch ehrlicher Weise lauten müssen: „Auf Befehl der deutschen Gesandtschaft in Bern verbieten wir...!“ Nur die klare, sofortige *Aufhebung* des Verbotes hätte die Ehre der Schweiz retten können. Das alles liegt für jeden Schweizer, dessen Seele noch nicht durch Lüge verfinstert und durch Knechtseligkeit gebrochen ist, auf der Hand.¹⁾

Die militärische *Pressezensur* sei gegen das Verbot gewesen. Desto seltsamer ist, daß sie dann dem Unerhörten etwas noch Unerhörteres hinzufügte: das Verbot, über das Buch zu schreiben, es zu besprechen oder daraus zu zitieren. Die schweizerischen Vertreter der Presse werden damit zu armeneligen Schulbuben erniedrigt, und das ist noch zu wenig gesagt. Mit ihnen aber und durch die *ganze* Aktion wird das Schweizervolk zu einem Volk von Unmündigen gemacht. Das ist der Sachverhalt; jede andere Darstellung ist Vernebelung und Selbstbetrug.

Denn es muß festgestellt werden, daß das Buch von Raufschning von ferne keine *Schmähschrift* ist. Das Verbot einer solchen wäre allfällig verständlich, aber es kann keine Rede davon sein, daß das Buch in diese Kategorie gehörte. Es besteht ja größtenteils aus Reden Hitlers selbst, und die Bemerkungen über Hitlers Persönlichkeit, die Raufschning anbringt, sind keine Beschimpfungen, reichen bei weitem nicht an das heran, was in der Schweiz seit langem ohne solche Ahndung nicht nur über Stalin, sondern auch über allerlei andere Politiker und regierende Staatsmänner gesagt werden durfte. Ja, ich muß gestehen, daß in *meinen* Augen durch dieses Buch Hitler, verglichen mit seinen Reden und mit „Mein Kampf“, *gewachsen* ist. Man müßte also mindestens auch dieses letztere Buch und das Anhören und Lesen von Hitlers Reden verbieten. Raufschning hat Hitler eher erhöht als erniedrigt. Nur der Nachweis, daß diese Reden Hitlers nicht authentisch seien, hätte allfällig zu einer berechtigten Beschlagnahme führen können, aber dafür wäre gerichtliche Klage und gerichtliche Verhandlung nötig gewesen.

Hitler wächst durch dieses Buch. Freilich auch an Gefährlichkeit. Und darum müßte es in die Hand jedes Schweizers, mindestens derer, die an der Grenze stehen. Sie wüßten dann, wofür sie allfällig ihr Leben einzusetzen hätten. Sie läsen dann z. B. in diesem Buche die Erklärung Hitlers: „Es könne eine Lage eintreten, daß er keinen großen Krieg führen könne. Dann würde er defensiv bleiben und es dem Gegner überlassen, ihn anzugreifen. In diesem Falle würde er *Faustpfänder* besetzen: Holland, Dänemark, *die Schweiz* [beide Auszeichnungen von *mir*] die nordischen Staaten. Er würde seine strategischen Positionen verbessern und den Frieden unter gewissen Bedingungen vorschlagen. Wenn sie nicht wollen, mögen sie mich heraustreiben. Jedenfalls werden sie die Kosten des Angriffs tragen.“ (S. 119.)

Wäre es nicht Aufgabe des Pressestabes gewesen, den Zeitungen anzuraten (denn zu *befehlen* hat er nichts), diese Stelle abzudrucken?

Es verhöhnt auch beinahe etwas mit *Motta*, daß er nach offenbar zuverlässigen Berichten in dieser Sache ähnlich gedacht hat. Das Buch, heißt es, habe ihn so stark bewegt, daß er darüber im Schoße des Bundesrates über eine halbe Stunde referiert habe. Auch habe er geäußert, es sei seine weiteste Verbreitung zu wünschen.

Wie gesagt war denn auch die Aufregung über diesen neuesten Akt des Gehorsams gegen hitlerdeutsche Befehle im ganzen Lande, bei allen Parteien, groß. Als nun die *Bundesversammlung* zusammen kam, wäre Gelegenheit gewesen, mit

¹⁾ Inzwischen soll Schweden die *schwedische* Ausgabe des Buches verboten und ebenso sollen *Jugoslawien* und *Dänemark* ein Verbot erlassen haben. In diesen Fällen mag wieder das Vorbild der Schweiz gewirkt haben; doch bleibt abzuwarten, ob die Nachrichten stimmen.

dieser ganzen Politik der Unterwerfung nach Außen und Bevogtung nach Innen einmal gründlich abzurechnen. Das Volk wäre einverstanden gewesen. Aber wer das erwartet hätte, kennt unsere Schweizer schlecht. Schon vorher hat die hierfür bestellte Kommission den Presse-Erlass und die Presse-Praxis des Bundesrates bestätigt und, wie sich's gebührt, hatte der große Revolutionär Robert Grimm, dessen höhnische Worte gegen uns „kleinbürgerliche Pazifisten“ mir noch in den Ohren tönen, in diesem Sinne Bericht erstattet. Dann war durch Verhandlung hinter den Kulissen mit den üblichen Konzessionen, Versprechungen, vielleicht auch sanften Drohungen, dafür gesorgt worden, „daß nicht zu viel gesagt werde“. Es wurde von sozialdemokratischer Seite ein Antrag auf Nichtgenehmigung des Erlasses für die „Sicherheit des Landes“, d. h. für die Einrichtung einer Militärdiktatur gestellt. Darauf durften eine Anzahl Redner höflich ihren Spruch sagen und ihre Rolle spielen. Bundesrat Baumann trug seine Konzessionen vor, der Nichtgenehmigungsantrag wurde zurückgezogen und der Erlass einstimmig genehmigt. Dieser Erlass — man lese ihn doch noch einmal! (Vgl. „Neue Wege“, Oktoberheft, S. 444—445.) Schon die Tatsache dieser Genehmigung entwertet die ganze Aktion des Parlamentes. Dazu aber kommt noch die andere, daß der Antrag auf sofortige Aufhebung des Verbotes gar nicht gestellt wurde. Wahrscheinlich weil das durch diese Aktion so sehr gesteigerte Prestige des Bundesrates nicht angetastet werden sollte.¹⁾

Das „Volksrecht“ schreibt zu diesem Ergebnis: „Alles in allem: Das Parlament hat sich in dieser Woche als Hüter der Freiheitsrechte des Volkes bewährt und seinem Willen“ — jetzt müßte es eigentlich heißen: „ist Nachachtung verschafft worden“, statt dessen aber heißt es: „ist Nachachtung zu verschaffen.“ Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Denn was man aus dieser Debatte als Beute heimgetragen hat, ist — ein *Versprechen* von Bundesrat Baumann. Wiegen bundesrätliche Versprechungen nach all den Erfahrungen dieser Jahre noch so schwer? Und wenn Baumann für eine „anständige und maßvolle, nicht beleidigende“ Kritik an fremden Staatsmännern Raum gab: was heißt „anständig“, was „nicht beleidigend“, was „maßvoll“? Wer ist Richter darüber? Und kann man über gewisse Staatsmänner die Wahrheit sagen, ohne daß es ihnen als „Beleidigung“ erchiene?

Immerhin ist mit großer Energie folgendes festzustellen: *Es ist feierlich erklärt worden, daß es für uns keine „moralische Neutralität“ gebe und das freie Urteil des Schweizervolkes über politische Dinge nicht durch eine solche eingeschränkt werden dürfe, und es ist auf allgemeines Verlangen feierlich erklärt worden, daß das Militär seine Kontrolle streng auf militärische Dinge zu beschränken habe.*

Das ist offiziell erklärt und festgelegt worden, und wenn der Bundesrat sein Wort nicht halten sollte, so müssen wir es für ihn halten.

Ich betrachte es als selbstverständlich, daß damit jene *Verordnung des Pressestabes* (zu der dieser ohnehin ein Recht nicht hatte) *aufgehoben ist*. Es verdiente auch keiner eine Feder zu führen, der sich eine solche Behandlung und Zumutung gefallen ließe.²⁾

Wieviel diese Kapitulationen vor hitlerdeutschen Zumutungen nützen, hat man auch diesmal sofort erfahren. Denn unmittelbar auf das Verbot Raufchnings folgten neue Attacken auf unsere ungenügende Neutralität. Göbbels behauptet, daß

¹⁾ Auch *Nicole* hat offenbar für die Genehmigung des Diktaturerlasses gestimmt, oder jedenfalls nicht dagegen. Er ist ja jetzt Stalinist und damit in seiner Rolle. Aber wenn er, wie man mir berichtet, sich für seine Beurteilung Stalins, speziell seines Verhaltens gegen Finnland, auf *mich* berufen und dies auch im „Travail“ getan hat, so ist das, wie die Leser der „Neuen Wege“ wissen, eine *schwere Verfälschung* meiner wirklichen Stellungnahme.

²⁾ Unsere Presse zeigt freilich größeren Eifer gegen zu hohe Posttaxen für die Zeitungen als gegen die Knebelung ihrer Freiheit. Immerhin hat sich der Zentralvorstand der *Vereinigung der Schweizer Presse* neuerdings für die Erhaltung der Pressefreiheit ausgesprochen.

auch jede Kritik an Deutschlands Politik schon eine Verletzung der wahren Neutralität sei. Wenn diese hergestellt und durch geistige Röntgenbestrahlung auch die Neutralität der Seelen festgestellt wäre, dann ginge man sofort weiter und erkläre, „wahre“ Neutralität bedeute, für Deutschland zu fein; denn es sei sonnenklar im Rechte. Diese Lobung klingt mir noch von 1914 bis 1918 her in den Ohren. „Wer neutral ist, der ist für das Recht; das Recht aber ist auf Deutschlands Seite.“

Diese *Neutralität*, die man solange als unser Rettungsseil gefeiert hat, wird immer mehr zum Strick, der um unsern Hals gelegt und langsam zusammengezogen wird, um unsere *Freiheit* zu erstickern. Es ist das Gericht über die Selbstsucht, das nun kommt.¹⁾

Das Schlimmste an dieser Theorie und Praxis der Neutralität ist wohl die *tiefe Unwahrheit*, zu der sie führt. Man ist ja gar nicht neutral; man braucht die Neutralität nur als Schutzschild für Feigheit und Egoismus, nimmt aber ungescheut und leidenschaftlich Partei da, wo es einem paßt und man glaubt, es sich erlauben zu dürfen. Das ist in den „Neuen Wegen“ oft genug nachgewiesen worden. Neuerdings zeigt es sich in dem Verhalten zur finnischen Sache. Da kommt es ja im Nationalrat zu einem förmlichen Bericht von Valloton über seine Finnlandreise und zu Parteinahme deutlichster Art für Finnland gegen Rußland. Und man schleppt Sophie Mannerheim, die Tochter des Generals, zu Demonstrationen für Finnland — nein, im Grunde gegen Rußland — durch die Schweiz. Parteinahme für Finnland in Ehren; auch wir machen, auf *unsere* Art, mit, aber wir hausieren nicht mit Neutralität und wir sind *immer* für die Ueberfallenen und Mißhandelten, nicht bloß, wenn einmal Rußland der ist, der überfällt und mißhandelt.²⁾

Ach, wenn sich wieder der Himmel der *Wahrheit* über der Schweiz entwölkte!

Nach dieser Erörterung des Hauptthemas wollen wir in größerer Kürze die andern Begebenheiten und Probleme der Berichtszeit erwähnen und beurteilen.

Die *Bundsratswahl* hat den Tessiner *Celio* erkürt. Es ist bei dieser Wahl hinter den Kulissen arg zugegangen. Daß ein Vertreter der italienisch sprechenden Schweiz gewählt worden ist, kann man begrüßen, und es ist abzuwarten, wie der Gewählte sich bewähren wird. Es hat sich aber bei dieser Aktion wieder gezeigt, daß unser „Freisinn“ nur noch den Wünschen der katholischen Reaktion zu gehorchen hat. Diese sitzt nun deutlich genug am Steuer der Schweiz. Stellvertreter von Pilet-Golaz, der nun das Auswärtige Amt bekommen hat, ist der halb faschistische und ganz ultramontane Etter, und es besteht kein Zweifel darüber, wessen Wille gelten wird. Der gleiche Etter ist als Vorsteher des Innern Herr über

¹⁾ In den Kreisen der *Dialektiker* scheint man Barths Lobung aufzunehmen und von einem „Versprechen“ zu reden, das unsere Neutralität bedeutete und das wir nicht brechen dürften. Was diesen Leuten nicht alles dialektisch einfällt! Und wie sie über Dinge reden, die kennen zu lernen sie sich keine Mühe gegeben haben! Denn wer diese Sache auch nur ein wenig verfolgt hat, weiß, daß die Neutralität, um die es sich heute handelt, nicht ein Versprechen von uns ist, sondern eine *Gunst*, die wir den andern mühsam und sehr gegen ihren Willen abgepreßt haben — also genau das Gegenteil. Auch darf man den Kampf gegen die Neutralität nicht dadurch entstellen, daß man tut, als ob irgend jemand von uns eine militärische Teilnahme am Kriege verlangte. Es handelt sich um die Stellung zum *Völkerbund* und zur *kollektiven Sicherheit*, um die Betonung der *Solidarität* gegen den nationalen Egoismus.

Wieviel christlicher als diese Stellung offizieller Vertreter des Christentums und Eiferer der Christologie ist die Haltung des Professors der Philosophie *Eduard Claparède* in Genf, der unter dem Titel „La politique et la morale“ im „*Messenger social*“ mit ergreifendem sittlichem Ernst die politische und ethische Verkehrtheit der Neutralitätslobung nachweist.

²⁾ Die Art, wie man im Hallenstadion in Zürich-Oerlikon in Gegenwart des einstigen finnischen Außenministers Holsti seine Finnlandbegeisterung durch einen blöden Sportspektakel demonstrierte, während die Finnen selbst im brennenden Wiborg kämpften und starben, zeigte, was solche Begeisterungen wert sind.

das Radio und die „Kulturaktion“ des Bundesrates. Celio aber, der Vertreter der gleichen Tendenz, hat das Post- und Eisenbahnwesen in der Hand. Wir stehen im Zeichen der dunkelsten Reaktion. Sie wird sich nach Innen und Außen geltend machen. Ihre erste Aktion ist jene Kapitulation vor dem deutschen Gesandten gewesen.¹⁾ Der Freiheit unfähig geworden, müssen wir halt durch dieses Dunkel, um ihren Wert neu kennen zu lernen.

Die Behandlung des *Finanzprogramms*, das heißt des Programms der Bezahlung der Mobilisationskosten, geschieht im gleichen Zeichen: geschont wird die Besitzerkaste, belastet die Masse. Für 50 bis 60 Jahre, wie Bundesrat Wetter erklärt. Auch die Sozialdemokratie ist genötigt, dagegen Front zu machen.

Die Sozialdemokratie selbst wird mit der Erhöhung der Zahl der Bundesräte auf neun vertröstet, zu denen dann einige ganz sichere Sozialdemokraten, vielleicht sogar Grimm, gehören dürften. Es ist eine Form der Vertröstung auf das Jenenseits, für welche man einst so viel Spott hatte. Für uns andere ist es ein Trost, denken zu dürfen, daß das alles ja nur ein Provisorium sein wird.

Der Zerfall der *Parteien* geht inzwischen unaufhaltsam vorwärts. Die *Richtlinienbewegung*, aus welcher auch die Sozialdemokratie ausgetreten war, hat sich nun auch formell aufgelöst und sich in ein harmloses und bedeutungsloses Komitee für soziale Reformen verwandelt.

Die *Sozialdemokratie* selbst erleidet die Folgen ihrer Sünden. Sie wird genötigt, die „Sozialistische Jugend“ auszuschließen, weil diese zu stark durch kommunistische Elemente zerlegt sei. Die Partei hat, nachdem es einmal so weit gekommen war, wohl nicht anders gekonnt, aber daß es so weit kommen konnte, ist die natürliche Folge einer ganz falschen Politik. Und diese Entwicklung wird ohne Zweifel weitergehen, wenn jene Politik weitergeht.

Daneben hat das lärmende Ereignis der *Selbstauflösung der „Nationalen Front“* und das Eingehen ihres Organs infolge der Verhaftung ihres Führers Doktor *Tobler* wegen Spionage zugunsten Deutschlands nicht allzuviel zu bedeuten. Denn diese Sache war längst tot und war — *ceterum censeo!* — nie eine Hauptgefahr. An Doktor *Tobler* aber zeigt sich auf erschreckende Weise, wohin man gerät, wenn man vom Wege der *Wahrheit* auf den Weg der bloßen *Macht* abweicht. Das hat er mit *Bewußtsein* getan.

Eine Erquickung in all diesem Zerfall ist die *demokratische Erhebung in Graubünden*, die sich neuerdings in dem Erfolg der Kandidatur von Redaktor Doktor *Mani* für den Regierungsrat kundgetan hat. Wäre wohl möglich, daß aus den Bündner Bergen herunter reinere Luft in die schweizerischen Gauen ströme?

Wir tun im übrigen gut, nicht einseitig auf die *politischen* Zustände und Vorgänge zu achten. Sie werden selbst auch von den *ethischen* her beleuchtet, wie — selbstverständlich — von den sozialen her. In dieser Beziehung war während der Berichtszeit einiges symptomatisch. So die furchtbare Tat des sechzehnjährigen Schänders und Mörders einer alten Frau in einem Luzerner Dorfe. So der große Abtreibungsprozeß in Zürich. So der Umstand, daß der Stadtrat von Zürich nicht den Mut hatte, dieses Jahr, im Angesicht der drohenden Sintflut (vgl. Matthäus 24, 37—38), das Fastnachtstreiben ganz zu verbieten. Ein heller Punkt ist die Ablehnung einer Hinausschiebung der Polizeistunde von 11 auf 12 Uhr durch die Stadt Winterthur mit ca. 9000 gegen 3000 Stimmen, sowie gewisse Fastnachtsverbote anderwärts.

¹⁾ Man möchte auch wissen, warum der Russe *Sokolin*, ein früherer Untergeneralsekretär des Völkerbundes, aus Genf und der Schweiz ausgewiesen worden ist. Etwa bloß, weil er Russe ist? Sind wir mit Rußland im Kriege? Oder hat man es mit den entsprechenden *Deutschen* ähnlich gehalten? Ich fürchte, daß wir auch für dieses scheinbar gefahrlose Brüskieren Rußlands noch werden bezahlen müssen.

Und wie steht es mit der Bedrohung des „Journal des Nations“ bei ungehörtem Weitererscheinen des völkerbundsfeindlichen *deutschen* Organs mit dem feltamen Titel: „Völkerbund“?

Aber es gilt, noch einmal, auch auf *diese* Dinge zu achten. Auch sie entscheiden über unser Schicksal. Kein Kultus von Götzen hilft uns, auch nicht der immer wieder auftauchende Generalkultus, sondern nur die „Gerechtigkeit“ im Sinne jenes bekannten Bettagswortes: „Gerechtigkeit erhöht [und rettet!] ein Volk, die Sünde aber ist der Leute [auch der Völker] Verderben!“

Was für Leute sich als Vertreter der Sache Christi geben.

Das mitzuteilende Dokument ist an den Kirchenrat von Bern gelangt. Die erste, etwas ausführlichere Eingabe habe ich dorthin befördert, wo bei mir solche Elaborate zur Ruhe zu kommen pflegen. Aber nun scheint mir doch, dieses Schriftstück habe eine gewisse allgemeine Bedeutung. Es lautet:

Kurt Egli, dipl. Ing. E.T.H.
Schwarztorfstraße 82
Eingeschrieben.

Bern, 21. 2. 40.

An das Kirchmeieramt

Bern
Amtshausgasse 22.

Aus dem Aktivdienste zurückgekehrt, finde ich die Note für die Kirchensteuer 1939 vor. Zu meinem Bedauern sehe ich mich wiederum genötigt, die Steuer zu verweigern. Ich verweise auf meinen Brief vom 27. 2. 39. Meines Wissens hat sich die reformierte Kirche selbst heute noch nicht dazu aufschwingen können, den Ragazischen Landesverräterklüngel hinauszuerwerfen, obwohl es nun auch für langsam Denkende klar sein sollte, wie unsere Kirchen und Häuser aussehen würden, wenn am 1. 9. 39 die von jener Bande verhöhnte und geschmähte Armee nicht bereit gewesen wäre.

Sollte sich in der Zwischenzeit wirklich eine Trennung der anständigen Pfarrer von dem ekligen Geschmeiß vaterlandsloser Schwätzer vollzogen haben, über die ich nicht unterrichtet bin, so bitte ich um Ihren Bericht; ich werde in diesem Falle die Kirchensteuer umgehend begleichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Kurt Egli, dipl. Ing.

Nachschrift: Zur allfälligen Weiterleitung dieses Briefes an den kantonalen und den schweizerischen Synodalrat lege ich Ihnen 2 Durchschläge bei.

Durchschlag an

Steuerverwaltung der Stadt Bern;
Herrn Prof. Dr. theol. Leonhard Ragaz, Zürich;
Herrn Pfarrer P. Trautvetter, Zürich-Höngg;
Herrn Pfarrer von Greyerz, Präsident der Vereinigung antimilitaristischer Pfarrer, Wiggiswil.

Es scheint, daß auch der Berner Kirchenrat trotz aller Militärfreundlichkeit diesem „Jünger Christi“ nicht entsprochen hat, und ebenfowenig der zürcherische. Auch meine ich nicht, daß es viele solcher Egli gäbe. Aber bezeichnend ist doch, daß solche Berserker sich einbilden, sie seien die rechten Vertreter der Sache Christi. Darin ist dieser „Christ“ Egli doch ein, allerdings etwas forciertes Typus. Und daß dieser *möglich* ist, bedeutet schon etwas.

Von den Dahingegangenen.

Mit Pfarrer *Maurice Vuilleumier*, dem Direktor der „Source“, einer Anstalt für die Ausbildung von Krankenschwestern in Lausanne, verliert auch die Sache, welche die „Neuen Wege“ vertreten, einen ihrer besten Freunde. Ihm lag besonders die Friedenssache am Herzen. Er gehörte zu denen, die mit uns für Baudraz, den ersten schweizerischen Dienstverweigerer während des Weltkrieges, dessen Fall Aufsehen erregte, eintraten. Ebenso war er von Anfang an einer der eifrigsten Förderer